

## **Bündnis 90/Die Grünen: Antworten auf die Fragen des Braunschweig-Spiegel**

### **Frage 1 zur Wohnungspolitik**

Unter Zustimmung der SPD und der CDU wurden in den Jahren 2004 bis 2007 unter Ex-OB Hoffmann rd. 1.000 Wohnungen der stadteigenen Nibelungen Wohnungsbaugesellschaft an eine private Wohnungsgesellschaft verkauft. Eine Wohnung kostete etwa 18.000 Euro! Werden der Nibelungen Gelder in vergleichbarer Höhe wieder zugeführt werden, um den sozialen Wohnungsbau zu stärken? Sollen weitere Wohnungen verkauft werden und wie/wo sollen sozial Schwache zukünftig in der Stadt wohnen können?

#### **Antwort**

Die Nibelungen Wohnbau GmbH (kurz: NiWo) ist und bleibt mit ca. 8.000 Wohnungen in Braunschweig ein starker Akteur im Braunschweiger Wohnungsmarkt. Für Investitionen in sozialen Wohnungsbau standen ihr vor dem Verkauf bestenfalls die jährlichen Überschüsse aus dem Betrieb der Wohnungen zur Verfügung, nicht aber der dann erzielte Verkaufserlös. Wir wollen, dass der Bau von Wohnungen mit Belegungsbindungen und mit niedrigen Mieten vorangetrieben wird. Dafür wollen wir die städtische Wohnungsbaugesellschaft nutzen, aber auch über ein städtisches Förderprogramm herstellen, dass private Investoren ihren Beitrag dazu leisten. Für Gebiete, in denen neue mehrgeschossige Wohnhäuser gebaut werden sollen, möchten wir eine verbindliche Vorgabe der Stadt, dass 20 % der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau entstehen. Wir sind weiterhin dagegen, dass Überschüsse der NiWo in den allgemeinen Haushalt der Stadt abgeführt werden, so lange der Bedarf für preiswerte Wohnungen in Braunschweig nicht gedeckt ist. Stattdessen wollen wir, dass die NiWo eine Wachstumsstrategie bekommt, die einen kontinuierlichen Aufbau des Wohnungsbestandes über die nächsten 10 Jahre ermöglicht

### **Frage 2 zur Umweltpolitik**

Die Stadt hat in der Vergangenheit Grünflächen in der Innenstadt und an ihrem Rand zur Bebauung freigegeben und an Investoren verkauft. Zum Beispiel den Schlosspark, Kleinpark an der Gördelinger Straße (heute BZ), Krankenhauspark Langer Kamp. Wie sollte die Stadt diesen Verlust unter stadtklimatischen Gesichtspunkten kompensieren und wie werden sie sich verhalten, wenn weitere Investoren auftreten, um bewachsene Flächen zu bebauen?

#### **Antwort**

Grundsätzlich wollen wir den Flächenverbrauch reduzieren und Neubausiedlungen nicht am Stadtrand auf der grünen Wiese, sondern durch Nachverdichtung in der Innenstadt erreichen. Diese Nachverdichtung oder auch Innenverdichtung muss natürlich mit Augenmaß erfolgen – unsere Stadt darf nicht zu stark überbaut oder gar zubetoniert werden! Insofern halten wir es im Allgemeinen nicht für vertretbar, bestehende Grünflächen zu überbauen. Wir möchten etablierte Wohnquartiere und geplante Baugebiete möglichst großzügig durchgrünen – zum Wohle von Menschen, Tieren und Pflanzen.

Gegen die Zerstörung des Schlossparks zwecks Errichtung des ECE-Einkaufszentrums mit vorgehängter Schlossfassade (kurz „Kaufschloss“) haben wir bekanntlich massiv

protestiert. Auch den Kleinpark Hintern Brüdern / Gördelingerstraße hätten wir gerne erhalten, sind aber mit dem Bau des neuen Medienhauses des BZ-Verlags mittlerweile durchaus einverstanden. Dieser hätte u. E. allerdings gerne „eine Nummer kleiner“ ausfallen können, da er optisch etwas überdimensioniert wirkt. Über das Krankenhausgelände Langer Kamp ist lange diskutiert und viel gestritten worden. Die Pläne zur aktuellen Bebauung stammen noch aus der Hoffmann-Ära und sind vom damaligen Stadtbaurat Zwafelink vorangetrieben worden. Es handelt sich also quasi um eine politische „Altlast“, die erst jetzt in die bauliche Umsetzung gelangt ist. Wir Grünen saßen übrigens nicht in der Jury, die den architektonischen Entwurf ausgewählt hat. Sonst hätten wir im Vorfeld stärkeren Einfluss auf die Gestaltung dieses Areals nehmen können.

Umweltpolitik ist aber mehr als die mit dieser Frage thematisierte Erhaltung (statt Bebauung) innerstädtischer Grünflächen – es geht in diesem Politikbereich natürlich auch um Artenschutz, Baumschutz, Gewässerschutz, Biotopverbund usw. usf. Verweisen möchten wir abschließend auch noch auf unser Konzept zur Ausweisung von sogenannten „Pocket- Parks“ in der Innenstadt.

### **Frage 3 zur Kulturpolitik**

Die SBK ist für die kulturelle Entwicklung der Stadt von erheblicher Bedeutung. Sie bestimmt durch ihre Förderpolitik mit über das kulturelle Leben der Stadt. Der Landesrechnungshof hat die SBK kritisiert, weil sie erhebliche Mittel nicht im Sinne der Stiftungssatzung vergeben haben soll, indem sie in größerem Umfang Eigenwerbung betrieben hat. Welche Politik, z. B. Personalpolitik, werden sie hinsichtlich der SBK betreiben?

#### **Antwort**

Wir haben die u. E. in vielen Punkten sehr berechtigte Kritik des Landesrechnungshofes an der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) bekanntlich aufgegriffen und im Rat thematisiert (siehe <http://gruene-braunschweig-ratsfraktion.de/ratsanfrage-zur-sbk-ruewege-des-landesrechnungshofs/>). Die SBK ist eine große und wichtige Einrichtung gerade für die lokalen und regionalen Kulturschaffenden. Daher haben wir den – unserer Ansicht nach zu hohen – Anteil eigener Projekte der Stiftung (im Vergleich zu förderfähigen Projekten Dritter) und die – unserer Meinung nach zu geringe – Transparenz der SBK-Förderpolitik im Juni 2016 auch kritisch hinterfragt.

### **Zu Frage 4 zur Kulturpolitik**

Die Kultur unserer Stadt wird erheblich durch die engagierten Bürgerinnen und Bürger in diversen ehrenamtlich geführten Initiativen gestaltet. Diese Initiativen sind oft das Gesicht der Stadt weit über die Stadtgrenzen hinaus. Wie werden sie diese Initiativen zukünftig verstärkt fördern, zumal, wenn diese Initiativen öffentlich aktiv zum Wohle der Stadt agieren?

#### **Antwort**

Wir brauchen eine vernünftige Ausstattung der freien Kulturszene, die trotz ihrer

Leistungen immer noch zu wenig gefördert und unterstützt wird. Hier sind Ausgabensteigerungen nötig, die sich angesichts des wirklich geringen Anteils des Kulturetats und des noch geringeren Anteils der freien Kultur an diesem ohne weiteres bewerkstelligen lassen müssen. Jede Tariferhöhung bei den großen Kulturinstitutionen, die ja finanziert werden muss, kommt ohne weiteres in die Größenordnung der Zuschüsse für den freien Bereich. Da ist es schon seltsam, wenn bei Einspardiskussionen immer die Kleinen den Haushalt „ruinieren“ oder durch Streichungen angeblich „sanieren“ können. Hier wird tatsächlich mit zweierlei Maß gemessen. Im Rat werden wir uns auch weiterhin für soziokulturelle Projekte und Initiativen einsetzen. Das machen wir seit unserer Gründung und das werden wir auch weiterhin tun!

### **Frage 5 zur Politikentfremdung und Radikalisierung**

Welche Planung hat ihre Partei/Gruppierung hinsichtlich der politikverdrossenen Strömungen in der Bevölkerung? Was werden sie den Bürgern außerhalb einer Parteimitgliedschaft anbieten?

#### **Antwort**

Wir sind grundsätzlich offen für Nichtmitglieder – um sich bei den Grünen zu engagieren, muss man / frau kein Parteibuch haben! Mit diesem „niedrigschwelligen“ Ansatz sind wir bisher sehr gut gefahren. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können an unseren Mitgliederversammlungen und anderen Parteiveranstaltungen teilnehmen. Mitdiskutieren dürfen sie bei diesen Gelegenheiten natürlich auch... Manche Menschen sind aber mit solch einem Politikstil nicht zu erreichen. Wir werden uns weiterhin um diese Menschen bemühen, ansprechbar und gesprächsbereit bleiben. Dabei werden wir aber weiterhin unsere Werte konsequent verfolgen und keine Politik der Beliebigkeit machen. Unser Ziel ist und bleibt eine ökologische und solidarische Stadtgesellschaft, die alle mitnimmt und niemanden ausgrenzt. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben in unserem Braunschweig bislang keinen Platz und das soll auch künftig so bleiben!

### **Frage 6 zur Finanzpolitik**

Nach dem Finanzwunder von Braunschweig ist Ernüchterung eingeleitet. Die Schuldenlage der Stadt scheint nicht klar zu sein. Wird es einen Kassensturz geben, um die Schulden der Stadt eindeutig beziffern zu können?

#### **Antwort**

Es bedarf keines „Kassensturzes“, um die Verschuldungslage der Stadt darzustellen. Es hat nie ein „Finanzwunder“ gegeben, sondern lediglich den Verkauf der sehr gewinnbringenden Stadtwerke und den Verbrauch des Verkaufserlöses zum Ausgleich des städtischen Haushalts. Eine Aussage über die finanzielle Lage der Stadt lässt sich im Übrigen nicht allein aus der Höhe der Schulden ableiten, sondern bestenfalls aus der Differenz zwischen dem Vermögen und den Schulden sowie den langfristigen Zahlungspflichten. Mit Krediten lassen sich im Einzelfall zum Wohle der kommenden Generationen sehr sinnvolle Investitionen tätigen, zum Beispiel in die Schulsanierung. Wir wollen nicht nur bei den Schulden, sondern bei allen Erträgen und Aufwendungen der Stadt viel mehr Transparenz im Haushaltsplan herstellen.